2021/15 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2021/15/selbst-schuld

Kritik am Rassimusbericht der britischen Regierung

Selbst schuld

Von **Daniel Zylbersztajn-Lewandowski**

Der Bericht der britischen Commission on Race and Ethnic Disparities hat viel Kritik geerntet: Die Regierungskommission ignoriere institutionellen Rassismus und schiebe den Benachteiligten die Verantwortung für ihre Lage zu.

Der Bericht der Regierungskommission stieß sofort auf Widerspruch – von Personen, die Minderheiten angehören, Organisationen, die diese repräsentieren, sowie zahlreichen anderen Kritikerinnen und Kritikern. Anders als es in dem am 31. März veröffentlichten Untersuchungsbericht über Ungleichheiten zwischen britischen Minderheiten und der weißen Bevölkerungsmehrheit behauptet werde, gebe es »substantielles und unanfechtbares Beweismaterial« dafür, dass Briten und Britinnen, die schwarz sind und Minderheiten angehören, auch heute noch durch »direkten und institutionellen Rassismus« benachteiligt seien. So wird es in einem offenen Brief an den britischen Premierminister Boris Johnson formuliert, für den Patrick Vernon, Aktivist, Sprecher für schwarze Briten und ehemaliger Labour-Stadtrat im Londoner Bezirk Hackney, eine Unterschriftensammlung initiierte.

Den 258seitigen Bericht mit 24 Empfehlungen hatte Johnson nach den »Black Lives Matter«-Protesten des vergangenen Jahres persönlich in Auftrag gegeben. Die Commission on Race and Ethnic Disparities analysiert in ihrem Bericht jedoch weniger den Rassismus, vielmehr kritisiert sie wiederholt antirassistische Organisationen, Aktivistinnen und Aktivisten. Diese seien »zu zurückhaltend, wenn sie Fortschritte britischer ethnischer Minderheiten anerkennen sollen«. Zwar wird ein Potential von institutionellem und strukturellem Rassismus eingeräumt, dessen Bedeutung wird jedoch heruntergespielt. Vielmehr seien »soziale, geographische, kulturelle und familienstrukturelle Faktoren« der Ursprung vieler Ungleichheiten.

Ob ein Kind mit bangladeshischem Familienhintergrund gut oder schlecht in der Schule sei, hänge davon ab, ob es in London aufwachse oder im wirtschaftlich schwächeren Norden Englands, wo es sich, genau wie Kinder aus weißen Familien, schwerer tue. Kinder aus Familien der weißen Arbeiterklasse seien manchmal stärker benachteiligt als jene mit Migrationshintergrund, da Letztere oft größere Anstrengungen für den Erfolg ihrer Kinder

auf sich nähmen. Die Erfahrungen britischer Minderheiten stellten eine »Erfolgsgeschichte« und »ein leuchtendes Beispiel für die Welt« dar. Immerhin gesteht der Bericht ein, dass schwarze Jungen mit afrikanisch-karibischem Hintergrund – neben *White Gypsies*, *Travellers*, Roma und Sinti und anderen – als Kinder afrikanischer Familien am unteren Ende der Erfolgsskala stünden; dafür seien aber falsche Lebenseinstellungen und mangelnde Ambitionen mitverantwortlich.

Viele Kritiker und Kritikerinnen merkten an, dass hier teilweise die Schuld auf die Opfer von Rassismus geschoben werde. Nesrine Malik, eine Kolumnistin des *Guardian*, vermutet dahinter eine politische Absicht, während Professor Kamaldeep Bhui von der Oxford University, der Chefredakteur des *British Journal of Psychiatry*, glaubt, die Verfasserinnen und Verfasser hätten den Bericht ohne Rücksicht auf die Aussagekraft des Datenmaterials entsprechend ihren ideologischen Vorstellungen erstellt. Den Quellen des *Observer* zufolge sind wichtige Passagen gar nicht von den Kommissionsmitgliedern verfasst worden, die Regierung habe den Bericht umschreiben lassen.

Anfang Mai sollen im Vereinigten Königreich Kommunalwahlen stattfinden, bei denen die konservativen Tories versuchen werden, weitere bisherige Labour-Hochburgen mit mehrheitlich weißer Bevölkerung in entindustrialisierten Gebieten zu erobern. Halima Begum, die Geschäftsführerin des antirassistischen Think Tanks Runnymede Trust, befand, dass zu diesem Zweck mit dem Bericht eine benachteiligte Gruppe gegen die anderen ausgespielt werden solle. Anoosh Chakelian, Redakteurin des *New Statesman*, merkte an, dass es zwischen 1999 und 2020 375 Empfehlungen aus den verschiedensten Untersuchungen zum Thema Rassismus im Vereinigten Königreich gegeben habe, auf die bisher kaum eingegangen worden sei.

Von den elf Verfasserinnen und Verfassern des Berichts gehört nur eine Person nicht einer britischen Minderheit an. Dennoch fehle dem Bericht Meinungsvielfalt, stellte der Historiker David Olusoga fest. Sowohl der Vorsitzende der Kommission, der Erziehungswissenschaftler Tony Sewell, als auch Munira Mirza, die als Chefberaterin Johnsons Sewell vorgeschlagen hatte, hatten schon lange die Existenz von institutionellem und systematischem Rassismus angezweifelt.

Mirza schrieb 2018 vom »Opferkult als politische Waffe«. So war es nicht verwunderlich, dass in dem Bericht, den sie mitverantwortete, zu lesen ist, dass der Verweis auf sogenannte weiße Privilegien wenig zum Verständnis der Umstände in Großbritannien beitrage und dass Denkmäler nicht beseitigt werden sollten. Mehrere im Bericht erwähnte Organisationen, Akademiker und Akademikerinnen meldeten sich ebenfalls seit der Veröffentlichung zu Wort und bemängelten, dass sie in dem Bericht falsch oder sinnentstellend zitiert worden seien – offenbar um wissenschaftliche Seriosität vorzutäuschen.

Die wohl heftigste Kritik galt einem Satz über den Geschichtsunterricht: »Es gibt eine neue Erzählung über die Erfahrungen der Karibik, welche die Sklaverei nicht nur als Zeitalter des Profits und des Leids anspricht, sondern sagt, wie afrikanische Menschen sich kulturell in ein neu gestaltetes Afrika/Großbritannien fügten.« David Olusoga zufolge, der dies mit ähnlichen Umdeutungsbemühungen Donald Trumps verglich, werde die Sklaverei hier

weiterhin wegen ihres Wert für den Aufbau Großbritanniens anerkannt, während die Bestrebungen, die Geschichte des Widerstands herauszuarbeiten, als »symbolischer Ausdruck schwarzer Leistungen« abqualifiziert würden. Dies sei ein weiteres Mal der altbekannte Versuch, Sklaven und Sklavinnen als passive Opfer darzustellen, die für ihre Rettung auf weiße Fürsprecher angewiesen gewesen seien.

Samuel Kasumu, der 34jährige Berater Johnsons für ethnische Minderheiten, kündigte noch vor der Publikation des Berichts seinen Rücktritt an. Ob der Bericht den Ausschlag dafür gab, ist nicht bekannt. Kasumu hatte bereits im Februar zurücktreten wollen, weil er Bemerkungen der britischen Gleichberechtigungsministerin Kemi Badenoch gegenüber einer jungen schwarzen Journalistin für unangemessen hielt; man überredete ihn damals jedoch, weiter im Amt zu bleiben.

Patrick Vernon, ein »Star Wars«-Fan, gab sich trotz allem zuversichtlich und zitierte aus der Filmsaga den Schauspieler Billy Dee Williams in der Rolle von Lando Calrissian. Vor der letzten Schlacht gegen das Empire in der Folge »Der Aufstieg Skywalkers« (2019) bemerkte dieser: »Es gibt mehr von uns als von denen.«

© Jungle World Verlags GmbH